

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post monatlich
8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark,
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
ausländ. Zeitungszweck sind unter
Auslieferung eingeschlossen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Zeitung“ ge-
stattet. Ferner: Der Geschäftsstellen-
Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 2 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restklassen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenblätter. Erläuterungs-
blatt: Halle. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 12. Druck-Veranstaltung: 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Ulrichstraße 32 und Markt 24.
Dessauer-Rotie Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 452.

Halle, Dienstag, den 27. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Nollet-Note.

Chupo und Sipu.

— er. Berlin, 27. September.

Auf der Tagesordnung des heute zusammentretenden Reichstages steht u. a. auch eine Interpellation über die Anschreitungen nach der Verteidigung der Augustver-
ordnung. Diese Interpellation im Zusammenhang mit
dem kürzlich veröffentlichten Erlass des preussischen Innen-
ministers zur wirksamen Bekämpfung der überhandneh-
menden Landfriedensbrüche hote eigentlich die beste Ge-
legenheit, der Entente zu beweisen, wie notwendig —
leider — die Zentralisierung, Kasernierung und „Militar-
isierung“ der deutschen Schutzpolizei ist.

General Nollet hat sich bekanntlich im Namen der
internationalen Militärkontrollkommission wieder einmal
über die Sicherheitspolizei beschwert. Die gegenwärtige
Organisation in Preußen und in ganz Deutschland ver-
zögert gegen die Entlohnungsbestimmungen des Verlei-
hervertrages. Die administrative Zentralisation müßte
aufgehoben, die Schutzpolizei entmilitarisiert werden. Die
Nollet'sche Note wurde am 9. September überreicht. Bis
heute weiß man nicht, was das Reichskabinett, das sich
in mehreren lebhaften Konferenzen mit der Note be-
schäftigt hat, nun eigentlich zu tun gedenkt. Soll man
Nollet antworten oder sich lieber gleich an den Vorkommissar
in London wenden? Und warum wird die deutsche öffent-
liche Meinung nicht informiert? Schon hat ja die Ent-
ente gewisse Unterhaltungsleistungen zur Note Nollets
in Szene gesetzt. Die „Londoner Times“ wenden sich in
einem sensationell aufgereizten Artikel gegen die „Neue
deutsche Armee“, worin behauptet wird, die deutsche Re-
gierung besitze neben der Reichswehr die heimliche Aus-
rüstung für 800 000 Mann, betreibe unter der Maske der
Pensionsbüros die künftige Rekrutierung und halte
in der Sicherheitspolizei ein Reservewehr, das der aktiven
Reichswehr gleichkomme. Einen ähnlichen scham-
machenden Vorstoß unternimmt der „Matin“, der offen-
bar das Ludendorff-Interview, das er selbst veröffent-
licht hatte, bereut. Das Pariser Blatt ließ sich jetzt von
einer „höhen militärischen Persönlichkeit Frankreichs“ eine
Gegenerklärung schreiben, in der dem General Luden-
dorff nachgeholfen wurde. Wenn Ludendorff
wiederholentlich nachgeholfen werden. Wenn Luden-
dorff von der bolschewistischen Gefahr spreche, gegen die
wir uns immer noch schützen müssen, so handelt er eben-
so wie die deutsche Regierung auf den Konferenzen von San
Remo, Boulogne und Spaa.

Und gleich bei dieser Sache zu bleiben: Deutschland
war weder in San Remo noch in Boulogne, sondern nur
in Spaa. In Spaa hat man uns eine um 70 000 Mann
gegen den Vorkriegsstand vermehrte Ordnungspolizei zu-
gebilligt. In einer Note von Boulogne haben die
Alliierten ausdrücklich die Notwendigkeit anerkannt, der
deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe im
Innern ausreichende Kräfte zu belassen.

Warum also wieder Beschöpfung und Nollet-Note? Diese
Note ist übrigens die vierte ihrer Art. Die erste wurde
am 22. Juni 1920, die zweite am 23. Dezember 1920, die
dritte Anfang April 1921 geschrieben. Auf alle Vor-
würfe und Drohungen hat das Berliner Auswärtige Amt
immer wieder mit Lammesgebild erwidert, daß die Schutz-
polizei zwar als Ordnungspolizei eingerichtet werde, daß aber
die Polizeikräfte im Notfall auch außerhalb ihres eigent-
lichen Bezirkes verwendet werden müssen, daß die Schutz-
polizei als „verschleppbar“ sein müsse. Zu diesem Zweck
ist die Kasernierung und Zentralisierung unumgänglich.
Man kann die Beamten im Augenblicke der Gefahr nicht
erst aus dem Bürgerquartier holen. Sie können bei Auf-
ständen gar nicht bis zum Versammlungsort.
Was aber die von General Nollet neuerdings so le-
mängelte „Militarisierung“ der Schutzpolizei anbetrifft,
so ist es an der Zeit, daß die deutsche Regierung endlich
einmal eine Antwort mit Sörnern und Bähnen gibt.

Soll der deutsche Sipomann mit einem Gummihüpfel
spazieren gehen? Hat die englische Regierung zur Be-
kämpfung der Simpsener nach Irland vielleicht Londoner
Polikemen mit Holzläden geschickt?

Solange sich in Deutschland noch militärisch bewaff-
nete und militärisch organisierte Banden bilden können,
darf die Schutzpolizei auf eine Ausbildung in der mili-
tärischen Art des Kampfes nicht verzichten. Und nicht
nur in der Abwehr von Ruffen, sondern auch in der
Bekämpfung des heutigen Verbrechertums, das in ganzen
Trupps mit Revolver und Handgranaten arbeitet, muß
die Polizei militärisch ausgerüstet sein. Der gemüßliche

blaue Schutzmann der Vorkriegszeit ist heute unmöglich.
Das müssen die Alliierten endlich einsehen. Oder wollen
sie, daß Deutschland nicht zur Ruhe komme?

In der bayerischen Frage: volle Verständigung.

In der bayerischen Frage hat, wie wir hören, der Besuch
des neuen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lersb-
feld zu einer vollen Übereinstimmung zwischen dem Reichs-
kanzler, der Reichsregierung und ihm geführt. Graf L. ist
mit einer vollen Verständigung nach Bayern zurückgekehrt;
das Ergebnis seiner Berliner Verhandlungen wird er dem
bayerischen Landtag am Mittwoch oder Donnerstag dieser
Woche vorlegen.

Bei der Stellung, die sich Graf L. sofort bei allen Par-
teien erworben hat, ist anzunehmen, daß der bayerische
Landtag keine Schwierigkeiten mehr machen wird. Unter
diesen Umständen wäre es gewiß bedenklich, wollte
der Reichstag vor der Entscheidung des bayerischen Land-
tages den gefährlichen Verhandlungsfortschritt am Mit-
woch anlässlich der Erklärungen des Reichskanzlers und der
Beantwortung von Interpellationen aufnehmen. Vermut-
lich werden deshalb die Interpellationen, die sich auf den
Konflikt zwischen dem Reich und Bayern beziehen, erst
Ende der Woche verhandelt werden. Die übrige Geschäfts-
verteilung des Reichstages wird im Reichstagen-Ausschuss seit
heute vormittag im Einzelnen beraten.

Der Reichstag.

Berlin, 27. Sept. (Priv.-Telegr.) Vor der für morgen nach-
mittag einberufenen Sitzung im Plenum des Reichstages wird
der Ausschuss zum Zentrum und sich vor allem damit
zu befassen haben, wann der deutsch-amerikanische Friedens-
vertrag auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden
soll. Ferner wird er darüber beschließen, ob der amerikanische
Antrag, die Berordnung des Reichskanzlers vom 29. August
aufzuheben, bereits am Mittwoch zur Beantwortung gelangen soll.
Dieser Antrag führt sich auf Artikel 48 der Reichsverfassung,
wonach Verordnungen dieser Art unersichtlich dem Reichstag
zur Kenntnisnahme vorzulegen sind. Dieser hat das Recht, die
Verordnung aufzuheben. Mit diesem Antrag soll die Inter-
pellation Stresemann über die Gewalttätigkeiten gegen deut-
sch-nationale Veranstellungen und die Interpellation Agnes
und Genossen über die Offiziersverhöhnungen verbunden werden. Die
innerpolitische Debatte am Mittwoch durch eine Rede des
Reichskanzlers eingeleitet wird. Im Anschluß daran wird
die Beratung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages
erfolgen und dann die Aussprache über die Dppauer Explosions-
katastrophe.

Die demokratische Reichstagsfraktion

hielt am gestrigen Montag ihre erste Sitzung nach den
Sommerferien ab. Es wurden zunächst geschäftliche An-
gelegenheiten erledigt und dann eine grundsätzliche Be-
ratung der Steuerfragen begonnen. Wie man hört, sind außer
den bereits bekannten kleineren Steuererlagen (Kohlen-
steuer und Körperschaftsteuer) die anderen noch nicht von
der Reichsregierung fertiggestellt. Der Reichstag hat zu-
nächst den Standpunkt vertreten, erst dann die einzelnen
Steuern zu beraten, wenn sie sämtlich bei ihm eingegangen
sind; nachträglich oder hat er sich entschlossen, sie auch ein-
zelne zu beraten, wie sie ihm von der Reichsregierung unter-
breitet werden. Es wird Sache des Ausschusses
des Reichstages sein, der am heutigen Dienstag vormittag
zusammentritt, sich darüber schlußig zu machen, ob er gleich-
falls die Steuern einzeln beraten will, oder erst das
gesamte Steuerbüfett abzuwarten, ehe er Stellung dazu
nimmt. Von dieser Entscheidung wird es abhängen, ob die
Steuerberatungen überhaupt in den nächsten Tagen schon
beginnen oder noch auf längere Zeit, hinausgeschoben
werden.

Die Höchster Farbwerke von den Arbeitern besetzt.

Höchst, 26. Sept. Die Höchster Farbwerke wurden am
Sonntag von der Arbeiterschaft besetzt. Angestellte und
Beamte, die Montag früh zur Arbeit erschienen, wurden
am Betreten des Werkes gehindert. Die Ruhe ist jedoch
nirgends gestört. Zum Werk gehörige lebenswichtige Be-
triebe werden von den Arbeitern aufrechterhalten.
Der französische Kreisbedienstete erhielt einen Aufruf
an die Arbeiterschaft, daß er sich in den Streit zwischen der
Direktion und den Arbeitern nicht einmischen wolle. Er er-
suchte die Arbeiterschaft, jeden Gewalttat zu vermeiden.

Neues von Oppau.

Mannheim, 26. September. In einer Unterredung mit
Pressereferent erklärte der Direktor der Badischen Anilin-
und Sodawerke Dr. Julius, daß bis heute vormittag 330
Tote (einschließlich einiger Vermisster) feststellbar worden
sind. Nach Ansicht der Direktion müßte die Ursache der
Explosion von nun an gekommen sein.
Dr. Julius teilte ferner mit, daß kein einziger
Arbeiter wegen Schließung des Oppauer Betriebes
entlassen werde, sämtliche Arbeiter würden vielmehr
mit Notlandarbeiten beschäftigt.

Weitere Spenden.

Die Siemens-Rhein- u. Elbe-Schudert-
Union hat für das Oppauer Hilfsverein einen Betrag von
2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.
Das Schwedische Rote Kreuz spendete den Ge-
schädigten von Oppau 100 000 Mark.

Französische Absichten auf die Badische Anilinfabrik.

Paris, 27. Sept. Eine von dem „Intendant“ ver-
öffentlichte Nachricht, daß ein französischer General den
Erwerb der Badischen Anilinfabrik durch Frankreich ver-
sucht habe, beschäftigt sich. Danach sollen deutsche Werk-
meister, wie das Blatt erzählt, der französischen Militär-
kommission das Angebot gemacht haben, die Fabrika-
tionsgeheimnisse für eine Summe von 2 000 000
Mark preiszugeben (!), wonach die französische Re-
gierung aber nicht habe willigen wollen. Es wurde daher
feinerlei Beschluß gefaßt. Die französischen In-
dustriellen hätten eine Kapital von einigen hun-
dert Millionen ausbringen wollen, um ein Konzortium
für den Erwerb der Anilinfabrik zustande zu bringen,
aber auch dieser Plan sei gescheitert.
(Es versteht sich von selbst, daß diese Nachricht mit Vor-
sicht aufzunehmen ist. (Die Red.)

Für Oppau.

Ludwigshafen, 27. Sept. Für die Hinterbliebenen hat
die Direktion der „Badischen Anilin- und Sodafabrik“
fünf Millionen Mark überwiehen; mehrere Vorstands-
mitglieder haben außerdem mehrere hunderttausend Mark
aufgebracht. Maschinen- und Hochdruckapparaturen des
Oppauer Werkes sind intakt geblieben. Das große Kä-
sel ist immer noch die Entstehungsurache der großen
Explosionen. Die zweite Explosion ist acht Sekunden
nach der ersten erfolgt; die Gründe sind aber noch nicht
klar. Die Staatsanwaltschaft wird sich auch damit
zu beschäftigen haben. Am heutigen Mittwoch ist die
Kommission der chemisch-technischen Versuchsanstalt, der
großen Autorität auf diesem Gebiete, zur Prüfung der
Schuldfrage eingetroffen.

Um die Erfüllung des Ultimatum

Berlin, 26. Sept. Heute traten auf Einladung des
Reichskanzlers führende Vertreter der deutschen Land-
wirtschaft und landwirtschaftlichen Groß-
organisationen in der Reichstagshalle zusammen, um
die Möglichkeiten einer Unterfertigung des
von Industrie und Banken geplanten Abkommens für die Re-
parationen zu prüfen. Die Verhandlungen sind im
Gange. Die Unterstützung hatte den Charakter einer Vorbesprechung und
wird fortgesetzt werden, nachdem sich der Vertreter der
Landwirtschaft mit ihren Organisationen ins Benehmen ge-
setzt haben.

Empörente französische Heerei gegen uns.

Paris, 26. September. Heute haben 26 Generaldele ihre
Herbsttagung begonnen. Im Generalrat der Somme erklärte
der ehemalige Finanzminister Ribot, gegenüber einem Frankreich,
das was gemeinam dem der Wölfer habe retten wollen, erbe-
sche sich ein inlaties Deutschland, das um sich die Sympathien der
Alliierten Frankreichs zu führen, demokratische Mittel annehme
und den Ruin vorziehe, während seine ganze Tradition sich
auf eine militärische Kavallerie, seine Bürger sich demokra-
tische Kapitalien fortbilden und außerhalb Güter und unge-
heuren Einfluß erwarben. Dabei vergaßen sie, daß der
Friedensvertrag von Versailles Frankreich eine Priorität ersten
Ranges auf die deutschen Werte gewähre, die bis jetzt unan-
genhm gegeben ist. Deutschland mage angesichts den
Wunsch nach einer Revision des Friedensvertrages auszu-
sprechen. Wenn man in Frankreich nur ein Viertel von dem
Eifer, mit dem man den Friedensvertrag erfüllt hätte, darauf
verwandt hätte, den Friedensvertrag auszuführen zu lassen,
dann würde Frankreich die Wohlthat des herrschenden Friedens
empfinden. Im Departement Was de Calais sprach Senator
Journat, der französische Volkshater beim Pariser, der
wiederum zum Vorliegenden gewöhnt wurde, in demselben freien
Sinn.

Moskau ohrsteigt die deutschen Kommunisten.

Berlin, 26. Sept. Die Moskauer „Pravda“ bringt einen
Bericht des Ausführungsaußschusses der dritten Internationale,
aus dem u. a. hervorgeht, daß der Ausschuss jede Beziehung zu
den Führern der deutschen Kommunisten abbroch. Dieser
Beschluss soll solange in Kraft bleiben, bis die deutschen Ge-
nossen auf ihre kommunistischen Ideen verzichten.

Zwei Häuptlinge der Kommunisten ausgetreten.

Die Reichstagsabgeordneten Adolf Hoffmann und
Däumig sind aus der kommunistischen Partei ausge-
treten.

Die deutsch-polnischen Vereinbarungen über die Rückführung der Flüchtlinge.

Am 21. August 1921 hat die Interalliierte Rege-
rungs- und Nichtregierungs-Kommission zu Oppeln, vertreten
durch Oberst Williams in Oppeln, Rappenberg, 9, mit
Vertretern des Deutschen Ausschusses für Oberpolen
und des Obersten Polnischen Volksrates die Möglichkeit
der Rückführung der Flüchtlinge beraten. Mehrere wei-

